



Heinz Paula

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisbüro, Schaezlerstr. 13, 86150 Augsburg  
☎ 0821 – 30 1 27  
☎ 0821 – 30 1 87  
✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

# Pressemitteilung

Augsburg, den 4.4.2012

## **B17-Verkehrslärm: Paula und Kiefer unterstützen Stadtberger Anwohner**

„Die Anwohner der Bundesstraße B17 im Bereich Stadtbergen brauchen endlich umfassenden Schutz vor den enormen Belastungen, die sie täglich durch Lärm, Abgase und Feinstaub hinnehmen müssen. Beim derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren muss nachgearbeitet werden, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger voll Rechnung zu tragen.“ Das ist die Meinung der Augsburger SPD-Politiker Heinz Paula (Bundestag) und Dr. Stefan Kiefer (Fraktionsvorsitzender der Augsburger SPD-Stadtratsfraktion) zur laufenden Diskussion über den Umfang der Lärmschutzmaßnahmen an der B17 im Bereich Stadtbergen. Beide kritisieren, dass die geplanten Lärmschutzmaßnahmen hinter dem zurückbleiben, was an ähnlich belasteten Stellen im deutschen Verkehrsnetz Standard ist.

Die Augsburger SPD-Politiker schließen sich damit der Position der „Bürgerinitiative Einhausung B17“ an, die auch von Stadtbergens Bürgermeister Paul Metz und der Landtagsabgeordneten Dr. Simone Strohmayr unterstützt wird.

**Heinz Paula** verweist in einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer darauf, dass eindeutig der Bund in der Verantwortung ist, „denn schließlich sind die Anwohner dem Lärm nur deshalb ausgesetzt, weil der Bund durch Fehleinschätzungen der Vergangenheit vollkommen unzureichende Maßnahmen ergriffen hat.“

**Dr. Stefan Kiefer** wendet sich an Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl mit dem Appell, seinen Stadtberger Amtskollegen Paul Metz in seinem Einsatz für mehr Anwohnerschutz zu unterstützen: „Auch die Stadtentwicklung im Westen Augsburgs wird durch den Verkehrslärm blockiert.“ Beide Politiker appellieren zudem an Ministerpräsident Seehofer, dieser müsse sich für eine Verlängerung des Planfeststellungsverfahrens einsetzen: „Denn möglichst viele Anliegen der Bürger müssen frühzeitig Berücksichtigung finden. Sonst droht der Klageweg – mit langer Dauer und besten Aussichten für die Kläger. Einen Gerichtsstreit kann daher niemand wollen.“